

Artikel

Als die Mauer fiel. Die Wahrnehmung der deutschen Wiedervereinigung in internationalen diplomatischen Dokumenten 1989–1990

Marc Dierikx und Sacha Zala

Zusammenfassung

Nach Monaten der Krise kündigte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 9. November 1989 auf einmal an, die Grenzübergänge nach Westberlin zu öffnen. Selbst gut informierte Diplomaten hatten dies nicht kommen sehen. Ausländische Gesandte warnten vor dem «Gespenst der deutschen Wiedervereinigung», dass die Stabilität in Europa stören könnte. Die von der westdeutschen Regierung in Bonn geförderte Wiedervereinigung wurde zum Schlüsselwort für alle nachfolgenden Entwicklungen. Schlagartig nahmen die 1945 unterzeichneten Vereinbarungen eine neue Unmittelbarkeit an.

Doch vier Jahrzehnte nach Kriegsende war das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unbestritten. Das rasante Tempo der Entwicklungen stellte ausländische und deutsche Diplomaten allerdings gleichermaßen vor Herausforderungen. Dieser Artikel stellt eine Auswahl an Reaktionen zusammen und bettet sie in den Kontext des Mauerfalls ein.

Abstract

After months of crisis, the government of the German Democratic Republic suddenly announced on 9 November 1989 that it opened up the border crossings for travel to West Berlin forthwith. Even diplomats, proficiently well-informed, had not seen this coming. Reactions by foreign envoys expressed concerns, warning of a «specter of German reunification» that might upset the stability in Europe. Promoted by the West German government in Bonn, reunification became the keyword for all subsequent developments. Suddenly, agreements signed in 1945 took on a new immediacy.

Yet four decades after the end of the war, the right of the German people to self-determination was beyond dispute. The rapid pace of developments presented challenges to foreign and German diplomats alike. This article compiles a selection of reactions and reports and embeds them in the context of the fall of the wall.

[Marc Dierikx](#) *1957, Dr. phil., Historiker, Senior Researcher am Huygens Institut der Königlichen niederländischen Akademie der Wissenschaften (KNAW) in Amsterdam. [Sacha Zala](#), *1968, Dr. phil., Historiker, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz und Professor an der Universität Bern.

Zitierempfehlung: Marc Dierikx und Sacha Zala: Als die Mauer fiel. Die Wahrnehmung der deutschen Wiedervereinigung in internationalen diplomatischen Dokumenten 1989–1990, Saggi di Dodis 2, 2020/2. Statt auf Seiten wird direkt auf die Absätze verwiesen, die ihre Gültigkeit Format unabhängig behalten. Bsp.: Absatz 5 (Abs. 5), [dodis.ch/saggi/2-2#5](https://doi.org/10.22017/S-2020-2).

Die Saggi di Dodis sind eine Open-Access-Zeitschrift der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Weitere Informationen zur Zeitschrift finden sich unter dodis.ch/saggi.

Herausgeber: [Prof. Dr. Sacha Zala](#)
Redaktion: [Dominik Matter](#)
Grafisches Konzept & Layout: [dewil.ch](#)

Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz \(CC BY 4.0\)](#).

Diese Publikation ist online im Volltext verfügbar dodis.ch/saggi.

Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)
Archivstrasse 24, CH-3003 Bern
Internet: www.dodis.ch
Email: saggi@dodis.ch

ISSN: 2571-6964
Permalink: dodis.ch/saggi/2-2
DOI: <https://doi.org/10.22017/S-2020-2>

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch (Präsidentin, Universität Basel), Prof. Dr. Sacha Zala (Sekretär, Universität Bern), Prof. Dr. Sébastien Guex (Universität Lausanne), Prof. Dr. Claude Hauser (Universität Freiburg), Prof. Dr. Matthieu Leimgruber (Universität Zürich), Prof. Dr. Julia Richers (Universität Bern), Prof. Dr. Davide Rodogno (Graduate Institute Geneva), Prof. Dr. Kristina Schulz (Universität Neuenburg), Prof. Dr. Matthias Schulz (Universität Genf), Prof. Dr. Brigitte Studer (Universität Bern)

Als die Mauer fiel. Die Wahrnehmung der deutschen Wiedervereinigung in internationalen diplomatischen Dokumenten 1989–1990¹

Marc Dierikx und Sacha Zala

Im August 1989 begegneten die beiden niederländischen Studenten, Bertus und Hans, in ihrem Urlaub in Ungarn zwei ostdeutschen Studentinnen. Das Gerücht kursierte schon, dass an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich tausende DDR-Staatsangehörige das Land in Richtung Westen verliessen. Kurzerhand beschlossen die vier nach Sopron zu fahren, um dieses bewegende Ereignis mit eigenen Augen zu erleben. Nachdem sie zwei Tage vor Ort verbracht hatten, teilte Katharina, eine der beiden Studentinnen, plötzlich mit, dass auch sie aus der DDR «abhauen» wolle. Weder politische noch wirtschaftliche Gründe waren dafür ausschlaggebend. Katharina ging es vielmehr darum, selbst über ihre Zukunft bestimmen zu können. Bertus bot ihr an, ihr Gepäck mit in die Niederlande zu nehmen. Mit einem Liebeskuss verabschiedeten sie sich und Katharina versuchte über die Grenze zu flüchten. Allerdings war erst ihr zweiter Versuch erfolgreich. Zwei Monate später holte sie bei Bertus ihr Gepäck ab – aus dieser zufälligen Begegnung entwickelte sich eine Beziehung, die bis heute anhält.² Dies ist nur eine von zehntausenden «grossen Kleingeschichten» aus dem Sommer 1989. Diplomatische Quellen aus Frankreich meldeten, dass ungefähr 17 000 DDR-Staatsangehörige auf diese Weise flüchteten, bis die ungarische Grenze zu Österreich in der Nacht vom 10. auf den 11. September geöffnet wurde.³ Zahlreiche komplexe Entwicklungen führten zu dieser Situation, die sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zurückverfolgen lassen.

Die Teilung Deutschlands Aus den Trümmern des Dritten Reichs entstanden 1949 im sich entwickelnden Kalten Krieg ein West- und ein Ostdeutschland. Am 23. Mai 1949 wurde in der Besatzungszone der amerikanischen, britischen und französischen Truppen die Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet.⁴ Am 7. Oktober das Gegenstück in der Besatzungszone der sowjetischen Streitkräfte, die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Obwohl keine der beiden deutschen Republiken vollständig souverän war, ergab sich aus dieser Entwicklung eine Spaltung Deutschlands und eine Verfestigung der gegensätzlichen politischen und militärischen Realitäten. Trotzdem hielt die BRD in ihrem *Grundgesetz* vom 23. Mai 1949, das Ziel einer Vereinigung der deutschen Bevölkerung fest. Diesem Gedankenzug zufolge beschrieb das *Grundgesetz*, dass es zwar in Deutschland *zwei* politische Systeme gäbe, aber nur *ein* deutsches Volk.

Infolge des Wettbewerbes der zwei Systemblöcke erklärte die UdSSR am 25. März 1954 die DDR zu einem souveränen Staat und eine entsprechende Resolution wurde am 20. September 1955 bestätigt. Die BRD hingegen, erhielt durch das Pariser Abkommen vom 5. Mai 1955 weitreichende Souveränität und trat der NATO bei. Dies zementierte die Eingliederung beider Deutschlands

¹ Der Aufsatz basiert auf unserer Publikation: Marc Dierikx und Sacha Zala (Hg.): *When the Wall Came Down. The Perception of German Reunification in International Diplomatic Documents 1989–1990*, (Quaderni di Dodis, 12), Bern 2019, dodis.ch/q12.

² Volkskrant Magazine, 10. August 2019, S. 56–58.

³ Telegramm (TD Nr. 2504) der französischen Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, an das Ausussenministerium in Paris, 22. September 1989, in: Maurice Vaïsse und Christian Wenkel (Hg.): *La diplomatie française face à l'unification allemande*, Paris 2011, S. 72.

⁴ Für eine Einschätzung aus Sicht vgl. den Politischen Bericht von Emil Stadelhofer, schweizerische Delegation in Berlin, 14. September 1949, dodis.ch/8004.

in gegeneinander ausgerichtete militärische Allianzen. Hingegen verhinderte die westliche Welt, dass die DDR ausserhalb des sozialistischen Lagers diplomatisch anerkannt wurde. Zudem wurde 1955 in der sogenannten «Hallstein Doktrin» festgehalten, dass eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR oder deren Anerkennung durch Drittstaaten von Bonn als «unfreundlicher Akt» angesehen werde – eine Ausnahme wurde für die UdSSR gemacht. Westliche Staaten instruierten ihre Diplomaten entsprechend, dass nur eine vorsichtige und stille «de facto» Anerkennung der DDR möglich war. Die DDR beabsichtigte ihre diplomatische Isolation zu umgehen, indem sie versuchte, Handelsabkommen mit westlichen Staaten abzuschliessen.

In der Tat war die Zeit nach 1955 von einer Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen westlichen Staaten und der DDR geprägt. Ein ernsthafter Rückschlag war allerdings der Bau der Berliner Mauer. Am 12. August 1961, erklärte der Ministerrat der DDR:

«Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und West-Berlins wird eine solche Kontrolle an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik einschliesslich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist.»⁵

Am nächsten Tag begann die DDR mit dem Bau der Mauer. Die Mauer entwickelte sich dadurch zum Symbol der Spaltung zwischen Ost und West.

Während den 1960er Jahren waren die Kontakte zwischen Ost und West von Vorsichtigkeit und *Ängstlichkeit* geprägt. Mit Gewalt wurde der Prager Frühling 1968 durch den Warschauer Pakt niedergeschlagen und somit die Trennung betont. Dadurch wurden die gegenseitigen Sicherheitsinteressen neu ausgelotet. Ein Meilenstein bildete Willy Brandt's *Ostpolitik*. Brandt amtierte ab dem 1. Dezember 1966 als Aussenminister der BRD. Er setzte gegenüber der DDR auf einen *neuen* aussenpolitischen Kurs und bemühte sich um eine Verbesserung der Beziehungen. Zudem versuchte er, die Beziehungen zu Moskau zu vertiefen. Nachdem Brandt im Oktober 1969 zum Bundeskanzler gewählt wurde, setzte er seine *Ostpolitik* fort. Dadurch verbesserten sich die Beziehungen zwischen Ost und West. Formal anerkannte die BRD die DDR drei Jahre später, 1972, was nicht nur zu einer Öffnung der beiden Republiken, sondern auch allgemein zu einer Annäherung des Westens an die DDR führte. Die formale Anerkennung wurde mit dem *Grundlagenvertrag* zwischen der BRD und der DDR vom 21. Dezember 1972 unterzeichnet. Er definierte die innerdeutschen Beziehungen als diejenigen eines *gesamtdeutschen* Staats mit *einer* Bevölkerung. Die verbesserten Beziehungen zwischen Ost und West manifestierten sich in einer Vielzahl von Anerkennungen der DDR etwa durch die Schweiz, Schweden, Österreich, Australien und Belgien im Jahre 1972. Weitere elf westliche Anerkennungen folgten im Januar und Februar 1973.

Die Beziehungen zwischen dem Westen und der DDR normalisierten sich, trotz der westlichen Kritik an der Berliner Mauer als Zeichen der Unterdrückung. Schliesslich bekundeten die europäischen Staaten mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 1. August 1975 in Helsinki ihren Willen, von jeglicher Intervention in die jeweiligen Gerichtsbarkeiten der teilnehmenden Staaten abzusehen.

Der Mauerfall 1989 Die duldsame Politik der Nichteinmischung fand mit den sich überschlagenden Entwicklungen 1989 ein Ende. Während den 1980er Jahren sah sich die UdSSR mit diversen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert und war somit

⁵ Beschluss des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 12. August 1961, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, www.1000dokumente.de (Dok. 32) [26. November 2019].

nicht mehr in der Lage, die DDR zu unterstützen. Dies wiederum verstärkte die ökonomischen Probleme in der DDR massiv. Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der KPdSU, verfolgte ab 1985 mit seiner *Perestroika* und *Glasnost* Politik neue Wege. Nichtsdestotrotz feierte Erich Honecker am 7. Oktober 1989 mit grossem Pomp das 40-jährige Bestehen der DDR im Palast der Republik in Berlin, zusammen mit osteuropäischen Verbündeten, als ob die DDR immun sei gegenüber den neuen Entwicklungen im Osten.

Vier Tagen zuvor hatte er die Schliessung der Grenze der DDR zur Tschechoslowakei befohlen. Anlass dazu waren politische Entwicklungen, die bereits im Mai 1989 eingesetzt hatten. Ungarn setzte politische Reformen um und öffnete die Grenze zu Österreich. Dadurch verliessen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der DDR das Land. Anfangs bestand zwar das Risiko, dass man an der Grenze von den ungarischen Behörden zurückgewiesen wurde, doch in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 wurde die Grenze komplett geöffnet. Bis dahin hatten bereits tausende DDR-Staatsangehörige das Land in Richtung Westen verlassen oder ersuchten Zuflucht in den Botschaften der BRD in Budapest, Warschau und Prag. Dies führte zu politischen Problemen in den jeweiligen Residenzländern. Die polnische Regierung hoffte politische Unruhen mit den beiden deutschen Republiken zu vermeiden, und bevorzugte deshalb eine friedliche Lösung, die den Flüchtlingen eine Weiterreise ermöglichen sollte.⁶

Der österreichische Diplomat, Thomas Novotny, stellte damals bereits vorausschauend fest, dass die Flüchtlingsproblematik die Grundlage für eine mögliche deutsche Vereinigung sein würde: «Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung und es erschreckt die Westeuropäer.»⁷ Novotny sollte Recht bekommen: Die Diskussion über eine mögliche Wiedervereinigung dominierte die internationale Politik zwischen 1989 und 1990.

Als die offiziellen Feierlichkeiten zum 7. Oktober in der DDR über die Bühne gingen, erschien für den gewöhnlichen Beobachter zunächst alles ruhig. Auf dem Berliner Alexanderplatz versammelten sich jedoch Tausende Menschen und verlangten mehr Freiheit. Ein paar Tage später demonstrierten rund 70 000 Menschen in Leipzig gegen das Regime. Reformen erschienen unvermeidlich. Am 18. Oktober 1989 trat dann Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz – Honeckers Kronprinz – ersetzt. Das politische System der DDR offenbarte je länger je mehr Schwachstellen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die lange Zeit unter der Oberfläche gebrodelt hatte, brach hervor. Neue Gruppierungen und politische Parteien stellten unterschiedliche Forderungen.

Am 4. November demonstrierte eine halbe Million Menschen gegen das Regime mit dem Slogan «Wir sind das Volk». Wie musste man das interpretieren? Analysten im französischen Aussenministerium waren der Ansicht, dass der Traum von fast einer Million Demonstrierenden, die sich am 4. November auf dem Alexanderplatz versammelt hatten um eine Veränderung herbeizuführen, weitgehend utopisch schien.⁸ Wie sich die Regierung Krenz bezüglich den Reformforderungen verhalten würde, war ebenfalls für die NATO von Bedeutung.⁹

⁶ Notiz des Direktors im polnischen Aussenministerium, Janusz Fekecz, 14. September 1989, dodis.ch/53168 [Original auf Polnisch].

⁷ Notiz des Abteilungsleiters im österreichischen Aussenministerium, Thomas Nowotny, 19. September 1989, dodis.ch/52927.

⁸ Notiz (N/89-121) von Philippe Cocquebert, Centre d'Analyse et de Prévision, 7. November 1989, in: Vaïsse, Wenkel: La diplomatie française face à l'unification allemande, 2011, S. 98.

⁹ Report C-M(89)57, The Situation in the Soviet Union and Eastern Europe, April 1989–October 1989, 8. November 1989, in: Gusztáv D. Kecskés (ed.): A View from Brussels. Secret NATO Reports about the East European Transition, 1988–1991, Budapest 2019, S. 99–122, Dok. 4.

Dann geschah am 9. November das Unerwartete. Nach Monaten der Krise und Tausenden Menschen, die geflüchtet waren, erklärte die DDR-Regierung, dass die Grenze zu Westberlin geöffnet werden sollte, was am nächsten Tag dann auch geschah.¹⁰ Mit der Öffnung der Berliner Mauer überstürzten sich die Ereignisse. Der niederländische Botschafter schrieb von einer Neubeurteilung aller Werte.¹¹ Ebenso in Aufruhr befand sich die Diplomatie der BRD, umso mehr als Kanzler Kohl gerade auf offiziellem Besuch in Polen weilte. Rüdiger von Fritsch, Protokoll-Referent der deutschen Botschaft in Warschau, hielt die Verwirrung in seinem Tagebuch fest:

«Im Regierungsgästehaus spricht alles nur von der innerdeutschen Entwicklung. In der Kanzlervilla wird über eine Rückreise [von Kanzler Kohl] beraten – heute gegen 17.00 Uhr, 17.30 Uhr. [...] Kurz darauf: Der Kanzler hat beschlossen, bereits um 14.30 Uhr zu fliegen. Aufgeregte Bemühungen, die Flugzeug-Crew zu verständigen. Am Ministerratsgebäude kommt mir kurz darauf ein Kollege entgegen: Der Kanzler will schon um 13.30 Uhr fliegen! In rasanter Fahrt zum Flughafen. Dort mit der Flughafenleitung telefoniert, die sofort Sicherheitspersonal und die nötigen Fachleute schickt. Sie probieren, was sich machen lässt, die Maschine ist noch nicht mal betankt.»¹²

Am selben Tag schrieb der in Berlin postierte britische Militärkommandant, Robert Corbett, an Aussenminister Douglas Hurd. Corbett traute seinen Augen kaum, als er frühmorgens durch die Stadt fuhr. Deswegen forderte er die «Amerikaner auf, eine alliierte Stellungnahme zu veröffentlichen, um diesen historischen Schritt zu begrüßen.»¹³

Der polnische Botschafter, Janusz Obodowski, versuchte mit den rasanten Entwicklungen spätabends Schritt zu halten. Die Grenze mit der Bundesrepublik sei «geplatzt», so Obodowski.¹⁴ Die französische Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, konnte zunächst nicht glauben, dass die Aufhebung der Grenzbeschränkung am 9. November nicht nur vorübergehend sein sollte. Sie befürchtete vor allem, dass die Dinge ausser Kontrolle geraten könnten.¹⁵ Sogar der DDR-Botschafter in der Schweiz war verwirrt. Unklar blieb zunächst auch die schweizerische Visapraxis bezüglich der neuen Ereignisse, denn die schweizerische Botschaft in Berlin wurde von entsprechenden Gesuchen regelrecht «überschwemmt».¹⁶

Die Amerikaner dachten schon am 10. November über eine Anerkennung der DDR nach, gerade auch um weitere Änderungen zu fördern. Das US-Aussenministerium hielt fest:

«Wir sollten uns bemühen, unsere Beziehungen zur DDR auszubauen. Eine baldige Botschaft des Präsidenten an Krenz, in der die Zustimmung zur Liberalisierung des Reiseverkehrs und die Unterstützung weiterer Reformen zum Ausdruck gebracht wird, sollte erwogen werden.»¹⁷

10 Information der DDR-Regierung, 10. November 1989, dodis.ch/52350.

11 Telegramm des niederländischen Botschafters in Ost-Berlin, Egbert Jacobs, an Aussenminister Hans van den Broek, 8. November 1989, dodis.ch/52957 [Original auf Niederländisch].

12 Abschnitt Tagebuch des Protokollreferenten des westdeutschen Botschafters in Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch, 9.–10. November 1989, dodis.ch/52948.

13 Telegramm des britischen Kommandanten in Berlin, Robert Corbett, an Aussenminister Douglas Hurd, 10. November 1989, dodis.ch/52922 [Original auf Englisch].

14 Telegramm des polnischen Botschafters in Ost-Berlin, Janusz Obodowski, an Aussenminister Krzysztof Skubiszewski, 10. November 1989, dodis.ch/53169 [Original auf Polnisch].

15 Telegramm (TD Nr. 2987) der französischen Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, an Aussenminister Roland Dumas, 10. November 1989, in: Vaisse, Wenkel: La diplomatie française face à l'unification allemande, 2011, S. 105.

16 Notiz des schweizerischen Aussenministeriums, 13. November 1989, dodis.ch/49548.

17 Notiz an US-Aussenminister James A. Baker, 10. November 1989, dodis.ch/52915 [Original auf Englisch].

Am 10. November um 21.30 Uhr, telefonierte Helmuth Kohl, der gerade aus Berlin nach Bonn zurückgekehrt war, mit US-Präsident George Bush und teilte diesem mit:

«Ich bin gerade aus Berlin angekommen. Es ist wie in einem grossen Jahrmarkt. Es hat die Atmosphäre eines Festivals. Die Grenzen sind absolut offen. An bestimmten Punkten sind die Leute buchstäblich dabei die Mauer niederzureissen und neue Kontrollpunkte zu bauen. Den Checkpoint Charlie, überqueren tausende von Menschen in beide Richtungen.»¹⁸

In diesen frühen Momenten wusste niemand, was als Nächstes geschehen würde. Allerdings erwähnten türkische Diplomaten bereits zu diesem Zeitpunkt, dass eine deutsche Vereinigung möglich wäre.¹⁹ Es war eine Perspektive, die der niederländische Botschafter in Bonn, Jan van der Tas als «eine falsche Note bei den Feierlichkeiten» bezeichnete.²⁰ In Ost-Berlin versuchte sein Kollege, Botschafter Egbert Jacobs, sich ein besseres Bild über die Geschehnisse auf der Strasse zu verschaffen. Beim Brandenburger Tor sah er ein Spruchband an der Mauer befestigt, mit den Zeilen: «Bleibt die Mauer, geh'n die Leute; Fällt die Mauer ist sie pleite; Ja, sie hat es wirklich schwer unsre arme DDR».²¹ Es ist kein Zufall, dass Jacobs sich den Spruch merkte: genau wie der niederländische Botschafter in Bonn, war auch er von den Aussichten auf eine Wiedervereinigung nicht begeistert. Auch die Franzosen hofften offensichtlich noch am 11. November, dass eine Rückkehr zum Status quo ante möglich sei und die DDR, Recht und Ordnung wiederherstellen werden könne.²² Am 14. November betonte das französische Aussenministerium sogar noch seine Unterstützung für die DDR, obwohl Präsident François Mitterand verkündete, er würde einer deutschen Wiedervereinigung nicht im Wege stehen.²³

Mittlerweile versuchten die Diplomaten mit den rasanten Entwicklungen Schritt zu halten. Als Konsequenz dieser *Wende*, manövrierte sich die DDR in ein politisches Vakuum. Die ersten diplomatischen Berichte erwähnten eine mögliche Vereinigung,²⁴ die zu einem neuen Kapitel der Nachkriegszeit führen könnte,²⁵ obschon die politische Situation nach wie vor einem «berauschenden

¹⁸ Protokoll des Nationalen Sicherheitsberaters der USA, Robert M. Gates, 10. November 1989, dodis.ch/52911 [Original auf Englisch].

¹⁹ Telegramm des türkischen Botschafters in Ost-Berlin, Metin Mekik, an das türkische Aussenministerium, 11. November 1989, dodis.ch/53320 [Original auf Türkisch].

²⁰ Telegramm des niederländischen Botschafters in Bonn, Jan van der Tas, an Aussenminister Hans van den Broek, 14. November 1989, dodis.ch/52958 [Original auf Niederländisch].

²¹ Egbert Jacobs: *Oost-Berlijns Dagboek. De laatste maanden van de DDR*, Den Haag 2011, S. 59.

²² Telegramm (TD Nr. 3017) der französischen Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, an Aussenminister Roland Dumas, 11. November 1989, in: Vaisse, Wenkel: *La diplomatie française face à l'unification allemande*, 2011, S. 108–110.

²³ Telegramm (TD Nr. 23731) von Georges Vaugier, Direction d'Europe, an die französische Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, 14. November 1989, in: Vaisse, Wenkel: *La diplomatie française face à l'unification allemande*, 2011, S. 113.

²⁴ Notiz des österreichischen Aussenministeriums, 10. November 1989, dodis.ch/52928; Telegramm des türkischen Botschafters in Ost-Berlin, Metin Mekikam, an das türkische Aussenministerium, 11. November 1989, dodis.ch/53320 [Original auf Türkisch]; Telegramm des türkischen Botschafters in Bonn, Reşat Arim, an das türkische Aussenministerium, 11. November 1989, dodis.ch/53321 [Original auf Türkisch].

²⁵ Telegramm des britischen Botschafters in Ost-Berlin, Nigel Broomfield, an Aussenminister Douglas Hurd, 13. November 1989, dodis.ch/52923 [Original auf Englisch]; Notiz des schweizerischen Aussenministeriums, 13. November 1989, dodis.ch/49548; Telegramm des niederländischen Botschafters in Bonn, Jan van der Tas, an Aussenminister Hans van den Broek, 14. November 1989, dodis.ch/52958 [Original auf Niederländisch]; Notiz des schweizerischen Aussenministeriums, an Aussenminister René Felber, 14. November 1989, dodis.ch/49563; Berichterstattung des polnischen Aussenministeriums, 14. November 1989, dodis.ch/53170 [Original auf Polnisch]; Telegramm des israelischen Botschafters in Bonn, Benjamin Navon, an das israelische Aussenministerium, 14. November 1989, dodis.ch/52943 [Original auf Hebräisch].

Polit-Jamboree» glich.²⁶ Zur gleichen Zeit sorgten sich westliche Regierungen, dass der in Gang gesetzte Prozess letzten Endes von der Positionierung Michail Gorbatschows, Generalsekretär der KPdSU, abhängig war. Das britische Kabinettprotokoll hielt dazu fest:

«Es wäre sehr im Interesse der westlichen Regierungen, dass er an der Macht bliebe [...]. Wenn sich die Ereignisse zu schnell bewegen oder die westlichen Regierungen keine angemessene und umsichtige Haltung einnehmen, besteht die Gefahr, dass Präsident Gorbatschow heruntergerissen wird. Dies würde dem breiteren westlichen Ziel, die Demokratie in beiden Teilen Europas und letztendlich vom Atlantik über die Sowjetunion bis an die Grenze Chinas, zu fördern, schweren Schaden zufügen.»²⁷

Derartige Argumente hörte man auch in Bonn und in anderen westlichen Regierungszentren. Im Tumult gab Krenz nach und machte Platz für Hans Modrow, den neuen Ministerpräsidenten, ein Manöver das nach einem österreichischen Aktenvermerk «über jedes verständliche Mass hinaus verzögert» worden war.²⁸

Zwei Wochen später, Ende November, schienen die Amerikaner die Ersten zu sein, die versuchten, nach vorne zu schauen, um die kommenden Ereignisse in den Griff zu bekommen. Sie stellten fest, dass Moskau die Kontrolle über die Situation verloren hatte aber eine friedliche Lösung beabsichtigte. Brent Scowcroft, US-Sicherheitsberater von Präsident Bush, meinte, dass die Sowjets «die Kontrolle über die Politik gegenüber Osteuropa» verloren hatten. Ausserdem bezeichnete er Gorbatschow als «machtlos», denn er «hat dort weder das Tempo noch die Richtung des Wandels vorausgesehen und ist zunehmend machtlos, etwas dagegen zu unternehmen.»²⁹ Die Bush-Administration erkannte, dass ein in die NATO eingegliedertes, wiedervereinigtes Deutschland für die Sowjetunion eine Gefahr darstellte:

«Der schlimmste Albtraum der Sowjetunion ist eine Wiedervereinigung Deutschlands, verbündet mit der NATO oder – alternativ – nominell mit dem Westen verbündet, und stark militarisiert. Der Warschauer Pakt wäre sein ostdeutscher Anker los und würde sich schnell auflösen. Die sowjetische Verteidigungslinie würde dann an der ukrainischen Grenze beginnen. Zweitens ist zu befürchten, dass das wiedervereinigte Deutschland Ostmitteleuropa wirtschaftlich dominieren könnte, einschliesslich einer schwachen Sowjetunion. Kein sowjetischer Führer kann eine deutsche Wiedervereinigung unter solchen Bedingungen gestatten: Die Gewinne des Zweiten Weltkriegs, welcher 20 Millionen Menschenleben erforderte, wären weg.»³⁰

Deutsche Wiedervereinigung oder eine Vertragsgemeinschaft?

Dennoch wurde eine Wiedervereinigung Deutschlands immer wahrscheinlicher.³¹ Die Klausel in der DDR-Verfassung, welche der SED die führende Rolle im Staat gab, wurde gestrichen und am 7. Dezember fanden Gespräche zwischen der Regierung und der Opposition statt. Das wichtigste Resultat war die Festlegung von freien Wahlen. In der Zwischenzeit verlor die SED zunehmend an Macht, auch wegen interner Streitigkeiten und sinkenden Mitgliederanzahl-

²⁶ Telegramm des kanadischen Botschafters in Bonn, Thomas Delworth, an das kanadische Aussenministerium, 15. November 1989, dodis.ch/52937 [Original auf Englisch]; Britisches Kabinettprotokoll, 15. November 1989, dodis.ch/52918 [Original auf Englisch]; Notiz an BRD-Aussenminister Hans-Dietrich Genscher, 16. November 1989, dodis.ch/52949.

²⁷ Britisches Kabinettprotokoll, 15. November 1989, dodis.ch/52918 [Original auf Englisch].

²⁸ Notiz des österreichischen Aussenministeriums, 2. Dezember 1989, dodis.ch/52929.

²⁹ Notiz an US-Präsident George Bush, 29. November 1989, dodis.ch/52912 [Original auf Englisch].

³⁰ Ibid., dodis.ch/52912 [Original auf Englisch].

³¹ Telegramm des kanadischen Botschafters in Bonn, Thomas Delworth, an das kanadische Aussenministerium, 6. Dezember 1989, dodis.ch/52938 [Original auf Englisch]; Telegramm des polnischen Botschafters in Bonn, Ryszard Karski, an Aussenminister Bolesław Kułski, 29. November 1989, dodis.ch/53171 [Original auf Polnisch].

len. Auf den Strassen wurde die Forderung nach einem vereinigten Deutschland immer lauter. In Leipzig gab es dazu wöchentliche Demonstrationen.

Im November war die Vorstellung der Wiedervereinigung für die Parteileitung der DDR absolut unattraktiv. In der BRD hingegen, sah die Situation ganz anders aus. Die Verfassung hatte von Beginn an die Intention «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden». Um diese Idee bei der DDR salonfähiger zu machen, bot Bundeskanzler Helmut Kohl, weitreichende wirtschaftliche Unterstützung an, die er in seiner jährlichen Rede *Zur Lage der Nation* vor dem Bundestag ankündigte. Mitte November äusserte sich Modrow, dass die beiden deutschen Staaten eine enge freundschaftliche Beziehung anstreben würden. Später stellte sich heraus, dass Modrow eine *Vertragsgemeinschaft* der beiden Staaten beabsichtigte. Auch international gewann nun die Vorstellung von einem Europa mit einem vereinten Deutschland an Schwung.

Mit der Einführung eines Zehn-Punkte-Programm am 28. November 1989 wollte Kohl den Bürgerinnen und Bürgern der DDR eine Perspektive für die Einheit bieten. Wesentliche Punkte waren, dass die BRD den Wiedervereinigungsprozess finanziell unterstützte, vorausgesetzt, dass freie Wahlen abgehalten und wirtschaftliche Reformen durchgeführt würden. Höchst problematisch war die Massenauswanderung aus der DDR. 1989 verliessen rund 350 000 Menschen die DDR. Dies entsprach rund 2% der Bevölkerung. In Ostberlin reagierte man aber weiterhin ablehnend auf Kohls Vorschlag; die linke Opposition in der DDR lehnte ebenfalls ab, mit dem Hinweis, die DDR stünde nicht zum Verkauf. Selbst in Westeuropa traf Kohls Rede teilweise auf Unbehagen.

Gorbatschow warnte vor einer Beschleunigung des Prozesses, da zuerst zwei vitale Grenzfragen geklärt werden müssten: einerseits die Festlegung der innerdeutschen Grenze, andererseits die Aussengrenze. Jeder Versuch diese Grenze zu verändern war aus sowjetischer Sicht inakzeptabel. Am europäischen Gipfel in Strassburg am 9. Dezember 1989 bekräftigten die Regierungschefs ihren Willen, eine friedliche Lösung in Mittel- und Osteuropa anzustreben. Dies sei eine Grundbedingung für die Selbstbestimmung Deutschlands. Dennoch erwies es sich als schwierig, eine gemeinsame Herangehensweise zu finden. Um seine Kritiker zu besänftigen proklamierte Kohl, dass sich die künftige Architektur Deutschlands in die Architektur Gesamteuropas einfügen müsse. Das europäische Bekenntnis war dabei in Kohls Argumentation zentral:

«Wir wollen die Teilung Europas und unseres Vaterlandes organisch überwinden. Wir wollen, dass alle Europäer – und darin eingeschlossen alle Deutschen – in gemeinsamer Freiheit zusammenkommen. Dies ist unsere klare Absage an deutsche Alleingänge oder Sonderwege und einem rückwärtsgewandten Nationalismus. Die Zukunft aller Deutschen heisst Europa.»³²

Unterstützung fand Kohl bei US-Präsident Bush, welcher den Wiedervereinigungsprozess ebenfalls befürwortete. Gleichzeitig sorgte sich das Aussenministerium der BRD über die Reaktionen Frankreichs und Italiens bezüglich dieser Entwicklungen.³³ Vorbehalte gab es auch in London und unter britischen Diplomaten.³⁴

Am 19. und 20. Dezember besuchte Kohl erstmals nach der *Wende* die DDR. In Dresden empfing ihn eine jubelnde Menschenmenge, die Freiheit und Einheit skandierte. Nichtsdestotrotz hielt Modrow an seiner Idee der *Vertragsgemeinschaft*

³² Helmut Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 1018–1019.

³³ Telegramm des deutschen Botschafters in Paris, Franz Pfeffer, an das Aussenministerium in Bonn, 18. Dezember 1989, dodis.ch/52953; Notiz an BRD-Staatssekretär Jürgen Sudhoff, 18. Dezember 1989, dodis.ch/52950.

³⁴ Telegramm des britischen Botschafters in Bonn, Christopher Mallaby, an Aussenminister Douglas Hurd, 5. Januar 1990, dodis.ch/52925 [Original auf Englisch].

meinschaft zwischen den beiden Staaten fest. Dieser Idee stand Kohl ablehnend gegenüber. So könne keine finanzielle Hilfe geleistet werden. In Washington begann man sich über die Auswirkungen der Deutschlandfrage auf die Stabilität in Europa zu sorgen. Kohl versuchte diese Vorbehalte zu mildern.³⁵ Ähnliche Befürchtungen gab es auch bezüglich der Beziehungen zwischen Österreich und der DDR.³⁶

Im Januar 1990 wurde die politische Situation in der DDR noch instabiler. Es kam zu Anschuldigungen gegenüber der DDR-Regierung, dass die berüchtigte *Stasi* wieder etabliert werden sollte. Dies führte dazu, dass die Gespräche mit der Opposition über die politische Zukunft des Landes am runden Tisch abgebrochen wurden. Ende Januar konstituierte sich eine neue DDR-Regierung. Als erste Entscheidung legte das neue Kabinett den Termin für freie Wahlen auf den 18. März fest. Unter Druck fühlte sich Modrow Ende Januar gezwungen, nach Moskau zu reisen, um die Idee *Deutschland einig Vaterland* zu präsentieren. Am 1. Februar konkretisierte sich der Plan. BRD und DDR sollten einen Vertrag unterzeichnen, der zu einem deutschen Einheitsstaat führen sollte. Für Modrow bedingte dies, dass dieser künftige Staat militärisch *neutral* sein würde. Dies war eine Forderung, die von Moskau immer wieder betont wurde. Die Reaktionen der BRD zu diesen Vorschlägen waren fast ausnahmslos negativ. Angesichts der Kritik spielte Modrow seinen Plan herunter. Kohl hingegen betonte, dass ein neutrales Deutschland ein isoliertes Deutschland sei, was für Niemanden in Europa vorteilhaft wäre.

Obwohl Gorbatschow für Deutschland das Prinzip der Selbstbestimmung unterstützte,³⁷ brandmarkte die UdSSR Kohls ursprüngliche Pläne. Moskau verlangte, dass die BRD auf jeden Anspruch einer Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 verzichtete und den Rahmen eines *gemeinsamen Hauses Europa* akzeptierte. Polen, dass eine lange gemeinsame Grenze zu Deutschland hatte, meldete ebenfalls ernsthafte Vorbehalte an.³⁸ Auch an der deutschen Westgrenze dominierten Bedenken bezüglich Verteidigung.³⁹ Während Bush nach wie vor Kohls Ambitionen unterstützte,⁴⁰ waren der französische Präsident, François Mitterrand, und die britische Premierministerin, Margaret Thatcher, weniger begeistert. Sie waren besorgt, dass eine deutsche Wiedervereinigung nicht im Interesse einer stabilen europäischen Ordnung läge. Gerade mit Blick in die Vergangenheit fürchteten sie sich vor einem starken Deutschland. Im Allgemeinen war die öffentliche Haltung in Westeuropa aber gemäßigter.

Die BRD beschloss am 7. Februar 1990, aufgrund der andauernden wirtschaftlichen Krise in der DDR, Gespräche mit der DDR über eine Währungsunion zu führen. Gleichzeitig wurde beschlossen, ein interministerielles Komitee unter der Führung von Kohl einzuberufen, um die Einheit zu wahren. Die Begeisterung in der DDR hielt sich in Grenzen. Ebenso unbehaglich äußerten sich Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) dahingehend, dass eine deutsche Währungsunion die wirtschaftliche und währungspolitische Situation der EG schwächen würde. Bonn versicherte jedoch, dass dies nicht geschehen werde.

³⁵ Protokoll des US-Nationalen Sicherheitsrat, 26. Januar 1990, dodis.ch/52913 [Original auf Englisch].

³⁶ Notiz des österreichischen Aussenministeriums, 30. Januar 1990, dodis.ch/52931.

³⁷ Notiz an BRD-Aussenminister Hans-Dietrich Genscher, 31. Januar 1990, dodis.ch/52951.

³⁸ Telegramm des polnischen Aussenministers, Krzysztof Skubiszewski, 1. Februar 1990, dodis.ch/53172 [Original auf Polnisch].

³⁹ Telegramm des niederländischen Botschafters in Bonn, Jan van der Tas, an Aussenminister Hans van den Broek, 8. Februar 1990, dodis.ch/52960 [Original auf Niederländisch].

⁴⁰ Schreiben von US-Präsident George Bush, an Bundeskanzler Helmut Kohl, 9. Februar 1990, dodis.ch/52914 [Original auf Englisch].

Während diese Entwicklungen diskutiert wurden, stieg im Osten der Wille zur Wiedervereinigung. Beim Besuch von Kohl und Genscher in Moskau am 10. und 11. Februar, akzeptierte Gorbatschow das Prinzip der Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten und erklärte sich bereit, ein solches Abkommen zu verhandeln. Dies ebnete den Weg für Gespräche mit Modrow. Kohl prognostizierte eine Wiedervereinigung noch vor Ende des Jahres. Nachdem nun auch die UdSSR grünes Licht gegeben hatte, stand allein die Frage offen, wann und in welcher Form die Wiedervereinigung realisiert würde. Die Regierungen der BRD und der DDR sollten so bald wie möglich mit den Verhandlungen beginnen. Kohl empfing Modrow am 13. Februar in Bonn, stellte jedoch fest, dass dieser kein Mandat innehatte, um über eine Währungsunion zu verhandeln. Deswegen wurde am Treffen beschlossen, nur über die Zusammensetzung des Komitees zu diskutieren, nicht aber über Details einer Währungsunion. Ebenso sprach man über einen Antrag der DDR über ein Nothilfeprogramm von rund 15 Mia. DM.

Es bestand Konsens, dass die deutschen Staaten die Diskussion über die Wiedervereinigung gemeinsam mit den ehemaligen Besatzungsmächten führen sollten. Eine im Rahmen dieser Konsultationen entwickelte Übereinkunft wurde dem KSZE-Gipfeltreffen von Paris im November vorgelegt. Doch die Entwicklungen beschleunigten sich. Der Schweizer Botschafter in Bonn wies die Idee eines neutralen Deutschlands bestimmt zurück, taxierte jedoch die Idee, dass die DDR der NATO beitreten könnte ebenfalls als «unrealistisch», da dies «für die UdSSR nicht zumutbar und akzeptabel» sei.⁴¹

Am 13. Februar 1990 fand eine informelle, geheime Konferenz in Ottawa statt. Anwesend waren der BRD-Aussenminister Hans-Dietrich Genscher, der US-Aussenminister James Baker, der britische Aussenminister Douglas Hurd sowie der französische Aussenminister Roland Dumas. Ein Entwurf für ein Zwei-Plus-Vier-Abkommen für eine deutsche Vereinigung wurde erarbeitet und später mit dem sowjetischen Aussenminister Edward Shevardnadze diskutiert, sowie von Gorbatschow genehmigt.⁴²

Für die USA war die Frage zentral, wie man sich auf die Zwei-Plus-Vier-Treffen vorbereiten und eine Lösung präsentieren konnte, die im Hinblick auf die künftige Sicherheitslage in Europa für alle Parteien akzeptabel sein würde.⁴³ Die USA – und in der Folge die anderen beteiligten westlichen Staaten – begannen absichtlich den Prozess zu verzögern, damit die Entwicklungen vor Ort irreversible neue Realitäten schaffen konnten. In einem Memorandum des US-Aussenministeriums an Präsident Bush hiess es am 19. Februar:

«Vor allem ist es nicht in unserem Interesse, diese Bemühungen voranzutreiben, obwohl Moskau auf baldige Gespräche drängen wird. [...] Eine Verzögerung dieser Sechs-Mächte-Gespräche ist günstig für uns, denn je länger die deutsche Einheit ohne direkte sowjetische Beteiligung voran geht, desto stärker wird die Position des Westens sein.»⁴⁴

Generell waren westliche Diplomaten optimistisch, dass eine Lösung gefunden werden konnte.⁴⁵ Ihr Hauptanliegen war es, dass die UdSSR einer NATO-Mitgliedschaft für das wiedervereinigte Deutschland zustimmen würde. Dies war ein entscheidendes Thema für den Westen, da die militärische Position der NATO auf der deutschen Beteiligung beruhte.

⁴¹ Bericht des schweizerischen Botschafters in Bonn, Alfred Hohl, 13. Februar 1990, [dodis.ch/52281](https://www.dodis.ch/52281).

⁴² Telegramm des kanadischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, J. C. de Montigny Marchand, 15. Februar 1990, [dodis.ch/52939](https://www.dodis.ch/52939) [Original auf Englisch].

⁴³ Notiz an US-Präsident George Bush, 19. Februar 1990, [dodis.ch/52917](https://www.dodis.ch/52917) [Original auf Englisch].

⁴⁴ Ibid., [dodis.ch/52917](https://www.dodis.ch/52917) [Original auf Englisch].

⁴⁵ Telegramm des kanadischen Aussenministeriums, an die kanadische Botschaft in Washington, 21. Februar 1990, [dodis.ch/52940](https://www.dodis.ch/52940) [Original auf Englisch].

**Die Wieder-
vereinigung als
sowjetischer
Albtraum**

Wie war die sowjetische Sichtweise auf diese Geschehnisse? Während sich die westliche Seite aus politischer Sicht der deutschen Frage näherte und versuchte in die Zukunft zu planen, nahmen die Sowjets eine juristische, rechtliche Perspektive ein und blickten in die Vergangenheit zurück. An der Generalversammlung des Warschauer Paktes in Prag am 17. März 1990, bezeichnete Shevardnadze eine Vereinigung als «erneuten *Anschluss*».⁴⁶ Weiter sprach Shevardnadze von der Wahrung des Warschauer Paktabkommens und dem vertraglichen Schutz der DDR. Aus dieser Perspektive wäre die Wiedervereinigung nur im Rahmen eines europaweiten Prozesses der Zusammenarbeit und Sicherheit möglich. Die UdSSR wollte keine politischen Diskussionen über das Kommende, sondern einen Friedensvertrag mit Deutschland und verwies auf die Potsdamer Verträge vom August 1945, in denen die Rechte der Sieger in Deutschland «jetzt und in der Zukunft» dargelegt wurden. Ausführlich berichtete er:

«In der BRD wird davon ausgegangen, dass ein Friedensvertrag nicht erforderlich ist, um die Grenzen festzulegen, [...] dies ist jedoch bei weitem nicht ausreichend. Wir wissen, wie die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland diese Abkommen interpretieren. Nach ihrer Interpretation sind die heutigen Grenzen vorübergehender Natur. Diese Interpretationen, insbesondere die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1973, sind nicht aufgehoben worden; die Artikel der Verfassung der Bundesrepublik und weitere Gesetze, auf die sich diese Interpretationen beziehen, sind nicht aufgehoben worden. Die vorbehaltlose internationale rechtliche Bestätigung der Grenzen durch eine glaubwürdige Zusicherung sollte deswegen das Ziel sein.

All dies bringt uns wieder zu der Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Verpflichtung zum Abschluss eines Friedensvertrages wurde übrigens direkt erfasst, sowohl in den Verträgen der BRD mit den drei Mächten als auch in den Verträgen der DDR mit der UdSSR. Diese vertraglichen Verpflichtungen müssen erfüllt werden bevor eine endgültige Wiedervereinigung zu Stande kommt. Zudem muss eine solche international von den interessierten Staaten anerkannt werden.»⁴⁷

Der sowjetische Botschafter in Berlin, Vyacheslav Kochemasov, verfasste ein langes Memorandum über die Rechte, Pflichten und Ansätze der UdSSR bezüglich Deutschlands, welches sich auf die Nachkriegssituation im Jahre 1945 bezog. Gemäss Kochemasov blieben diese Abkommen aus der Nachkriegsordnung aus rechtlicher Sicht vollumfänglich in Kraft. Von einem rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, war eine deutsche Wiedervereinigung ebenfalls von einem Friedensvertrag abhängig.⁴⁸

Inzwischen fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Der westliche Ansatz, Entwicklungen vor Ort zu ermöglichen, um neue Realitäten zu schaffen, förderte den Gedanken der Wiedervereinigung. Mit 48% der Stimmen, war die ostdeutsche CDU, unterstützt durch die Westdeutsche CDU/CSU, die klare Wahlsiegerin. Die ostdeutsche CDU sprach sich direkt für eine deutsche Wiedervereinigung aus. Trotzdem vermochten die Wahlergebnisse die Vorbehalte der Nachbarländer – die Angst vor einem Aufschwung eines neuen deutschen Nationalismus – nicht auszumerzen.⁴⁹ Bereits im Herbst 1989 hatte der israelische Botschafter in Bonn in seiner Berichterstattung zwar die optimistischen Erwartungen im Westen beschrieben, allerdings warnte er zu-

⁴⁶ Deklaration des sowjetischen Aussenministers, Eduard Shevardnadze, 17. März 1990, dodis.ch/53316 [Original auf Russisch].

⁴⁷ Ibid., dodis.ch/53316 [Original auf Russisch].

⁴⁸ Notiz des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Vyacheslav Kochemasov, 29. März 1990, dodis.ch/53317 [Original auf Russisch].

⁴⁹ Bericht des schweizerischen Botschafters in Bonn, Alfred Hohl, 10. April 1990, dodis.ch/52282.

gleich vor den Schwierigkeiten in den Israeli-DDR Beziehungen bezüglich der unterdrückten Vergangenheitsbewältigung.⁵⁰

Die UdSSR erklärte im März 1990, dass eine NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands *nicht* akzeptabel sei. Im April bekräftigte dies Außenminister Shevardnadze unmissverständlich.⁵¹ Nichtsdestotrotz gab es westliche Diplomaten, die eine solche Mitgliedschaft ausdrücklich als Beitrag zur europäischen Stabilität begrüßten.⁵² Dies war allerdings nicht der einzige Konfliktpunkt. Unklar blieb die Frage, ob die verschiedenen Länder mit dem Tempo der Änderungen Schritt halten konnten. In der Schweiz verhielten sich DDR-Diplomaten, als wäre nichts geschehen.⁵³ In Warschau nahmen die Bedenken über die Zukunft der bilateralen Beziehungen und über die zivilrechtlichen Konsequenzen eines neuen Deutschlands zu. So fürchtete man beispielsweise Entschädigungsforderungen deutscher Staatsbürger, die bei Kriegsende 1945 ihre Besitztümer in Polen verloren hatten.⁵⁴ In ihrer Berichterstattung waren die türkischen Diplomaten eher geneigt, die Situation zum Nennwert zu nehmen.⁵⁵

In der Zwischenzeit trat am 1. Juli 1990 die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Kraft. In Paris wurde das Zwei-Plus-Vier-Abkommen zur deutsch-polnischen Grenze unterzeichnet. Niederländischen und österreichischen Berichten zufolge akzeptierten diese Staaten die neuen Realitäten.⁵⁶ Bis Mitte Juli 1990 blieb nur Israel weiterhin überzeugt davon, dass die DDR als Einzelstaat weiterbestehen würde.⁵⁷

Am 16. Juli 1990 kam es zu einem Treffen zwischen Gorbatschow und Kohl in Arkhyz, bei dem – zur Überraschung mancher Beobachter – der sowjetische Einwand betreffend einer deutschen Mitgliedschaft bei der NATO zurückgezogen wurde.⁵⁸ Im Gegenzug musste Deutschland jedoch erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung für die UdSSR leisten. Dies machte es für die UdSSR möglich, schliesslich einer internationalen rechtlichen Einigung über Deutschland zuzustimmen, was ein Eckpfeiler im Prozess der deutschen Wiedervereinigung darstellte. Im August 1990 unterschrieb Shevardnadze das

⁵⁰ Telegramm des israelischen Botschafters in Bonn, Benjamin Navon, an das israelische Außenministerium, 27. Oktober 1989, dodis.ch/52942 [Original auf Hebräisch]. Für eine optimistischere Einschätzung vgl. das Telegramm des israelischen Botschafters in Bonn, Benjamin Navon, an das israelische Außenministerium, 16. April 1990, dodis.ch/52946 [Original auf Hebräisch].

⁵¹ Interview der Irish Times mit dem sowjetischen Außenminister, Eduard Shevardnadze, 26. April 1990, dodis.ch/53318 [Original auf Russisch].

⁵² Telegramm des britischen Außenministers, Douglas Hurd, an die britischen Auslandsvertretungen, 23. Mai 1990, dodis.ch/52920 [Original auf Englisch].

⁵³ Notiz des schweizerischen Außenministeriums, 18. April 1990, dodis.ch/49550.

⁵⁴ Notiz der polnischen militärischen Mission in West-Berlin, 28. Mai 1990, dodis.ch/53173 [Original auf Polnisch].

⁵⁵ Telegramm des türkischen Botschafters in Ost-Berlin, Metin Mekik, an das türkische Außenministerium, 13. Juni 1990, dodis.ch/53322 [Original auf Türkisch]; Telegramm des türkischen Botschafters in Ost-Berlin, Metin Mekik, an das türkische Außenministerium, 18. Juni 1990, dodis.ch/53323 [Original auf Türkisch]; Bericht des türkischen Generalkonsuls in Berlin, Akın Emregül, an das türkische Außenministerium, 21. Juni 1990, dodis.ch/53324 [Original auf Türkisch]; Telegramm des türkischen Botschafters in Ost-Berlin, Metin Mekik, an das türkische Außenministerium, 28. Juni 1990, dodis.ch/53325 [Original auf Türkisch].

⁵⁶ Telegramm des niederländischen Botschafters in Ost-Berlin, Egbert Jacobs, an Außenminister Hans van den Broek, 4. Juli 1990, dodis.ch/52961 [Original auf Niederländisch]; Notiz des österreichischen Außenministeriums, 18. Juli 1990, dodis.ch/52930.

⁵⁷ Notiz des stellvertretenden Generaldirektors für Ost-Europa, Yosef Govrin, an den Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Reuven Merhav, 10. Juli 1990, dodis.ch/52947 [Original auf Hebräisch].

⁵⁸ Notiz des österreichischen Außenministeriums, 19. Juli 1990, dodis.ch/52932; Telegramm des kanadischen Botschafters in Bonn, Thomas Delworth, an das kanadische Außenministerium, 23. Juli 1990, dodis.ch/52941 [Original auf Englisch].

Memorandum zur endgültigen «internationalen rechtmässigen Übereinkunft mit Deutschland».⁵⁹

Die letzten zu behandelnden Probleme zwischen Berlin und Bonn konnten gelöst werden. Dieser Prozess wurde in den Hauptstädten der europäischen Nachbarstaaten allerdings mit Skepsis verfolgt und nur die Briten wirkten beim «Endspurt» aktiv mit.⁶⁰ Aller Vorbehalte zum Trotz führten diese Anstrengungen schliesslich am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Ausrufung des Tags der Deutschen Einheit. 42

59 Notiz an den sowjetischen Aussenminister, Eduard Shevardnaze, 6. August 1990, dodis.ch/53319 [Original auf Russisch].

60 Telegramm des niederländischen Botschafters in Bonn, Jan van der Tas, an Aussenminister Hans van den Broek, 9. August 1990, dodis.ch/52963 [Original auf Niederländisch]; Schreiben des stellvertretenden Staatssekretärs für Verteidigung, John Weston, an den britischen Botschafter in Bonn, Christopher Mallaby, 17. September 1990, dodis.ch/52919 [Original auf Englisch]; Bericht des schweizerischen Botschafters in Ost-Berlin, Franz Birrer, 2. Oktober 1990, dodis.ch/49561; Notiz des polnischen Aussenministers, Krzysztof Skubiszewski, 11. November 1990, dodis.ch/53174 [Original auf Polnisch].